

Landeshauptstadt Potsdam
Fachbereich Wohnen, Arbeit und Integration
Bereich Soziale Wohnraumversorgung
Friedrich-Ebert-Straße 79/81
14469 Potsdam

Antrag auf Zweckentfremdung von Wohnraum

gemäß dem Gesetz über das Verbot der Zweckentfremdung von Wohnraum in Brandenburg (BbgZwVbG) sowie der Satzung der Landeshauptstadt Potsdam über das Verbot der Zweckentfremdung von Wohnraum - Zweckentfremdungsverbotssatzung Potsdam - (ZwEVSP) vom 25.03.2021

1. Angaben zum Antragsteller/zur Antragstellerin

➔ Wenn nicht der/die Eigentümer/in selbst den Antrag stellt/stellen, ist eine entsprechende Vollmacht beizufügen!

Name	Vorname
Straße, Hausnummer	Postleitzahl, Ort
Telefon	Telefax
E-Mail-Adresse	
Ich bin von dem Wohnraum, der zweckentfremdet werden soll, <input type="checkbox"/> Eigentümer/in <input type="checkbox"/> Teileigentümer/in <input type="checkbox"/> Verwalter/in <input type="checkbox"/> Mieter/in	

2. Angaben zum betroffenen Wohnraum

Straße, Hausnummer		Postleitzahl, Ort	
Lage (Vorder-, Seiten-, Rückgebäude, Stockwerk, Lage, Wohnungsnummer)			
Gebäudeart (z. B. Ein-/Zweifamilienhaus, Wohn- und Geschäftshaus)		Baujahr	
Derzeitige Nutzung (z. B. für Wohnzwecke, teilgewerblich, leerstehend)		seit	
Derzeitige/r Nutzer/in		Die Nutzungsänderung wird beantragt bis:	

3. Angaben zur Zweckentfremdung

3.1 Ich beantrage gemäß § 2 Absatz 1 der Satzung die Genehmigung der Zweckentfremdung wegen

<input type="checkbox"/> Verwendung oder Überlassung für gewerbliche oder berufliche Nutzung von mehr als 50 Prozent der Gesamtfläche des Wohnraumes
<input type="checkbox"/> Verwendung <input type="checkbox"/> Überlassung
<input type="checkbox"/> dem Zweck der Fremdbeherbergung insbesondere für die Einrichtung einer gewerblichen Zimmervermietung oder der Einrichtung von Schlafstellen bei mehr als acht Wochen im Kalenderjahr
<input type="checkbox"/> Leerstand (länger als sechs Monate)
<input type="checkbox"/> baulicher Veränderung oder einer Weise der Nutzung, dass es nicht mehr für Wohnzwecke geeignet ist
<input type="checkbox"/> Beseitigung des Wohnraumes
<input type="checkbox"/> Sonstige Nutzung:

Angaben zum Ersatzwohnraum/zur Ausgleichszahlung

Ersatzwohnraum wird geschaffen durch	
<input type="checkbox"/> Neubau von Wohnraum	<input type="checkbox"/> Umwandlung von Gewerbe- in Wohnraum

Straße, Hausnummer		Postleitzahl, Ort	
Lage (Vorder-, Seiten-, Rückgebäude, Stockwerk, Lage, Wohnungsnummer)			
Gebäudeart (z. B. Ein-/Zweifamilienhaus, Wohn- und Geschäftshaus, Wohnheim)			

Die Möglichkeit zur Zahlung einer Ausgleichsabgabe wird

beantragt wird zusätzlich beantragt (vgl. § 5 der Satzung)

Nachweise, dass ich zur Leistung der Ausgleichszahlung imstande bin, liegen bei.

Es wird beantragt, weder Ersatzwohnraum stellen zu müssen noch eine Ausgleichsabgabe zu zahlen, da meiner Ansicht nach

vorrangige öffentliche Interessen und/oder schutzwürdige private Interessen das Interesse an der Erhaltung des Wohnraumes überwiegen (vgl. § 3 Absätze 2, 4, 5 der Satzung).

Begründung:

3.2 Beantragung der Feststellung der Genehmigungsfreiheit

Ich beantrage die Feststellung der Genehmigungsfreiheit (Negativattest).

Begründung:

Bisherige Nutzung

Zustand des Wohnraumes:

Wird ein Negativattest wegen Unbewohnbarkeit beantragt, ist der Nachweis einer technischen Überprüfung eines Bauingenieurs/einer Bauingenieurin erforderlich.

4. Erklärung des Antragstellers/der Antragstellerin

Ich versichere hiermit die Richtigkeit der oben gemachten Angaben. Mir ist bekannt, dass unzutreffende oder unwahre Angaben zum Widerruf einer erteilten Zweckentfremdungsgenehmigung führen können. Eine Zweckentfremdung ohne Genehmigung stellt eine Ordnungswidrigkeit dar, die mit Bußgeld bis zu 100.000,00 € je Wohnung geahndet werden kann.

Mir ist bekannt, dass die Genehmigung zur Zweckentfremdung andere privatrechtliche oder öffentlich-rechtliche Zustimmungen oder Genehmigungen nicht ersetzt. So wird insbesondere einer Baugenehmigung nicht vorgegriffen. Der Antrag wird nur mit Unterschrift bearbeitet.

Ort, Datum

Unterschrift

5. Erklärung der (Mit-)Eigentümer/innen

(Nur erforderlich, falls der/die Antragsteller/in nicht alleinige/r Eigentümer/in ist)

Ich erkläre, dass ich von diesem Zweckentfremdungsantrag Kenntnis genommen habe. Mit der geplanten Maßnahme bin ich einverstanden.

Name

Datum, Unterschrift

Name

Datum, Unterschrift

Name

Datum, Unterschrift

6. Folgende Unterlagen sind dem Antrag beigelegt:

- Eigentüternachweis für Bestand und Ersatzwohnraum (durch aktuellen Grundbuchauszug oder durch notariellen Kaufvertrag und Auflassungsvormerkung im Grundbuch)
 - Vertretungsvollmacht für den/die Antragsteller/in falls nicht Eigentümer/in
 - Unterlagen, die den Antrag auf Negativattest begründen
 - Unterlagen, die den Antrag auf Zweckentfremdung begründen
 - Nachweise, dass ich zur Leistung des Ersatzwohnraumes/der Ausgleichszahlung imstande bin
 - Sonstiges:
- _____

7. Datenschutzhinweise zum Zweckentfremdungsantrag

Verantwortlich für die Datenerhebung

Landeshauptstadt Potsdam
Fachbereich Wohnen, Arbeit und Integration
Bereich Soziale Wohnraumversorgung
Friedrich-Ebert-Straße 79/81
14469 Potsdam

Datenschutz

Bei Fragen zum Thema Datenschutz wenden Sie sich bitte an:

Landeshauptstadt Potsdam
Datenschutzbeauftragter
Friedrich-Ebert-Str. 79/81
14469 Potsdam

Zwecke und Rechtsgrundlage der Verarbeitung

Ihre Daten werden auf Grundlage von Art. 6 Abs. 1 Buchstabe e DSGVO verarbeitet.

Folgende personenbezogenen Daten:

Name
Vorname
Anschrift
E-Mail-Adresse
Telefonnummer

werden benötigt, um Ihren Antrag bearbeiten zu können.

Die übermittelten Daten werden zur Bearbeitung Ihres Antrages bei uns gespeichert.

Weitergabe von Daten

Ihre Daten werden, soweit es zur Antragsbearbeitung notwendig ist, an Dienststellen der Landeshauptstadt Potsdam sowie des Landes Brandenburg weitergegeben.

Übermittlung an Drittländer

Es erfolgt keine Übermittlung.

Speicherzeitraum

Ihre Daten werden bei der Landeshauptstadt Potsdam so lange gespeichert, wie dies unter Beachtung der gesetzlichen Aufbewahrungsfristen für die genannten Zwecke erforderlich ist.

Die Verarbeitung der Daten erfolgt auf Grundlage Ihrer Einwilligung (Art. 6 Abs. 1 lit. a DSGVO).

Betroffenenrechte

Nach der Datenschutz-Grundverordnung stehen Ihnen beim Verantwortlichen für die Datenerhebung folgende Rechte zu: Werden Ihre personenbezogenen Daten verarbeitet, so haben Sie das Recht Auskunft über die zu Ihrer Person gespeicherten Daten zu erhalten (Art. 15 DSGVO). Sollten unrichtige personenbezogene Daten verarbeitet werden, steht Ihnen ein Recht auf Berichtigung zu (Art. 16 DSGVO). Liegen die gesetzlichen Voraussetzungen vor, so können Sie die Löschung oder Einschränkung der Verarbeitung verlangen sowie Widerspruch gegen die Verarbeitung einlegen (Art. 17, 18 und 21 DSGVO). Wenn Sie in die Datenverarbeitung eingewilligt haben oder ein Vertrag zur Datenverarbeitung besteht und die Datenverarbeitung mithilfe automatisierter Verfahren durchgeführt wird, steht Ihnen gegebenenfalls ein Recht auf Datenübertragbarkeit zu (Art. 20 DSGVO).

Sollten Sie von Ihren oben genannten Rechten Gebrauch machen, prüft die Landeshauptstadt Potsdam, ob die gesetzlichen Voraussetzungen hierfür erfüllt sind.

Weiterhin besteht ein Beschwerderecht bei der Landesbeauftragten für den Datenschutz und für das Recht auf Akteneinsicht, Dagmar Hartge, Stahnsdorfer Damm 77, 14532 Kleinmachnow

Erforderlichkeit der Datenangabe

Die Daten werden für die Antragsbearbeitung benötigt. Ohne Angabe ist Ihr Antrag zur Genehmigung einer Zweckentfremdung von Wohnraum nicht möglich. Grundsätzliche Informationen zum Datenschutz finden Sie unter Datenschutz bei der Landeshauptstadt Potsdam